

Wiesner, Claudia

Article

Kinderbetreuung: mehr als eine Investition in Erwerbspersonen und BeitragszahlerInnen der Zukunft

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

Provided in Cooperation with:

Edward Elgar Publishing

Suggested Citation: Wiesner, Claudia (2005) : Kinderbetreuung: mehr als eine Investition in Erwerbspersonen und BeitragszahlerInnen der Zukunft, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 02, Iss. 1, pp. 35-42, <https://doi.org/10.4337/ejeep.2005.01.05>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277037>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

- Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (2003): Partnership for Implementing the Structural Funds, Brüssel
- GEFRA, ESTI, IfS, MR, Ruhr-Universität, TraST (2004): Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes 2000–2006 (GFK) für den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins, Münster et al.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, KOM(2004)492 endgültig, Brüssel
- Petzold, Wolfgang (2004): Perspektiven der EU-Strukturpolitik, Vortrag gehalten am 21.04.2004 in Berlin
- Reissert, Bernd (2004): Der Einfluss von Europa, in: Gerlach, Frank/Ziegler, Astrid (Hg.), Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik, Marburg, S. 257–282
- Sapir André Group (2003): An Agenda for a Growing Europe – Making the EU Economic System Deliver, Brüssel
- Ziegler, Astrid (2003a): Synopse wichtiger Positionen zur Reformdebatte der Europäischen Strukturpolitik nach 2006, WSI-Diskussionspapier, Nr. 114, Düsseldorf
- Ziegler, Astrid (2003b): Die Europäische Strukturpolitik nach 2006. Anforderungen an ein neues Konzept der Europäischen Strukturfonds im Zeitraum von 2007 bis 2013, WSI-Diskussionspapier, Nr. 116, Düsseldorf

Kinderbetreuung: mehr als eine Investition in Erwerbspersonen und BeitragszahlerInnen der Zukunft

*Claudia Wiesner**

Die Kluft zwischen Reden und Handeln

»In der Familienpolitik gibt es im Augenblick nichts Wichtigeres, als den Ausbau der Kinderbetreuung zu forcieren« – so Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung 2002 (zitiert nach Belwe 2003). Die politischen Prioritäten in Deutschland, so sollte man meinen, wurden damit klar gesetzt. Die SPD reklamierte die »Luftthoheit über den Kinderbetten« für sich, die Unternehmerverbände entdeckten die Thematik, und nachdem sogar die als sehr konservativ geltende hessische CDU im Herbst 2004 ein Grundsatzprogramm verabschiedete, das explizit das Ideal der »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« benennt, stoßen Forderungen nach Ganztagschulen und besserer Kleinkindbetreuung inzwischen kaum

* Justus-Liebig-Universität Gießen.

noch auf nennenswerten Widerspruch. Somit sollte also auch der Umsetzung der zitierten Forderung von Kanzler Schröder nichts mehr im Wege stehen.

Auf den ersten Blick sieht die Bilanz der rot-grünen Regierung auch nicht schlecht aus: Vier Milliarden € für den Ausbau der Ganztagsbetreuung, plus nominell 1,5 Milliarden €, die als Einsparung durch die Hartz-Reformen bei den Kommunen verbleiben sollen, scheinen ein guter Anfang zu sein. Dazu kommen das Teilzeitgesetz sowie Veränderungen bei der Elternzeit – beide Maßnahmen verbessern formal die Flexibilität von Eltern und damit die Chancen zur »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«. Soweit, so gut?

Die Praxis der Kinderbetreuung in Deutschland sieht Anfang 2005 anders aus. Folgende Anekdote aus den Vorgängen »hinter den Kulissen« der deutschen Kommunalpolitik zeigt einige der Probleme auf: Ein notorisch unter Finanznöten leidender, SPD-geführter Landkreis in Westdeutschland diskutiert Anfang des Jahres 2005 eine Änderung seiner Kinderbetreuungsrichtlinie. Es sollen nur noch Kinder unter drei Jahren einen Zuschuss zur Betreuung bekommen, nicht aber, wie bisher, auch Kinder zwischen drei und zwölf Jahren. Die dafür angeführte Begründung: Die Kassen seien nun einmal nicht gefüllt, man müsse überall sparen, für Kinderbetreuung könne trotz steigenden Bedarfes nicht mehr ausgegeben werden als in den Jahren vorher – und da sei es doch sinnvoll, die vorgesehenen Mittel allein auf die unter Dreijährigen zu konzentrieren. Deshalb soll ein Betrag bei 450.000 € gedeckelt werden, der sich bei bleibender Förderung der Drei- bis Zwölfjährigen auf 800.000 € belaufen würde. Die Differenz von 350.000 € ist angesichts des Volumens des Kreishaushalts und seines jährlichen Defizits von über 25 Millionen € vergleichsweise »Peanuts«. Diese Anekdote zeigt, dass von den EntscheiderInnen bislang Kinderbetreuung theoretisch und rhetorisch durchaus als wichtig erkannt wird, sich aber noch nicht in der Praxis niederschlägt.

Kinderbetreuung und demographische Entwicklung

Die Debatte um die Notwendigkeit besserer Kinderbetreuung hat ihre Ursache in der demographischen Entwicklung, die in Deutschland derzeit noch ausgeprägtere Veränderungen aufweist als in den meisten anderen westeuropäischen Staaten:

- Die Geburtenrate ist seit Jahrzehnten niedrig. Weit entfernt von den zur Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendigen 2,1 Kindern pro Frau,¹ bewegte sie sich jahrelang bei etwa 1,4 und sank im Jahr 2002 auf 1,3 (vgl. Deutsches Zentrum für Altersfragen 2004).
- Je höher der Bildungsstand deutscher Frauen, desto weniger Kinder bekommen sie: Während Frauen ohne Berufsabschluss zwischen 1991 und 2001 eine etwa gleich bleibende Geburtenrate von etwa 1,5 Kindern pro Frau aufwiesen und diejenige von Frauen

¹ Dieser Wert bezieht sich auf die zusammengefasste Geburtenziffer oder Total Fertility Rate (TFR) und wird von der »Completed Fertility Rate« unterschieden, die die endgültige Kinderzahl einer Frauengeburtstkohorte angibt (CFR). Zur Operationalisierung der beiden Werte siehe Seyda 2003: 7 ff.

mit abgeschlossener Berufsausbildung etwa 1,3 betrug, sank die durchschnittliche Geburtenrate von Frauen mit Hochschulabschluss von etwa 1,3 auf fast eins (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend et al. 2004: 18).

- Die Zahl der geplanten bzw. gewünschten Kinder bei 18- bis 39-jährigen Frauen war in Deutschland höher als die Geburtenrate: Sie lag bei 1,52 Kindern pro Frau (Deutsches Zentrum für Altersfragen 2004: 13).

Das Strategiepapier zur »bevölkerungsorientierten Familienpolitik«, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kürzlich gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Institut der Deutschen Wirtschaft herausgegeben hat, warnt vor den Auswirkungen der niedrigen Geburtenraten auf die ökonomische und die demographische Situation in Deutschland (alle folgenden Angaben in Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: 6 ff.):

- Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung werde bei unveränderter Entwicklung kontinuierlich steigen und läge 2050 bei 45 Jahren (gegenüber 37,4 Jahren im Jahr 2002).²
- Das Erwerbspersonenpotenzial ginge im gleichen Zeitraum kontinuierlich bis auf 29,6 Millionen Personen zurück (gegenüber 41,9 Millionen Personen im Jahr 2002).

Bereits zwischen 1991 und 2001 sei die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in keinem anderen Land so langsam gewachsen wie in Deutschland (ein Prozent gegenüber 21,25 Prozent in Irland und 15,1 Prozent in den USA).

Die Debatte um die Interpretation dieser Zahlen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen ist durchaus strittig. So verweist ver.di (2003) in einer aktuellen Veröffentlichung darauf, dass der größte Wandel in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung bereits zwischen 1925 und 1980 stattfand (ver.di 2003: 8). Der künftige Bevölkerungswandel kann – wie der vergangene auch – bewältigt werden, weil der Produktivitätszuwachs auch bei einem sinkenden Anteil von Erwerbspersonen ein höheres Produktionsergebnis pro Kopf der Bevölkerung ermöglicht – und zwar umso eher, je höher die Erwerbsquote ist. Sinkende Arbeitslosigkeit und eine deutlich verbesserte Möglichkeit zur Erwerbsbeteiligung von Frauen sind dafür also wichtige Voraussetzungen (ver.di 2003: 12 ff.).

Diese Argumente zeigen, dass das »Strategiepapier« einseitig auf eine Erhöhung des Erwerbspersonen*potenzials* gegenüber den in den Bevölkerungsprognosen genannten Werten abzielt – es titelt entsprechend »Familienpolitik ist Wachstumspolitik«. Inwieweit ist diese Zuspitzung berechtigt?

Aktuelle Daten zeigen durchaus eine Korrelation zwischen dem Angebot an Betreuungseinrichtungen und der Fertilität (Seyda 2003): Der OECD-Vereinbarkeitsindex für Familie und Beruf³ verdeutlicht, dass in Ländern, die eine potenziell bessere Vereinbarkeit von

² Allerdings würde auch bei steigenden Geburtenraten das Durchschnittsalter in Deutschland bis 2050 in jedem Fall steigen (vgl. ver.di 2003: 6).

³ Der Index basiert auf den gesetzlichen Regelungen zum Mutterschutz und zur Kinderbetreuung sowie der familienfreundlichen Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen. Als Teilindikatoren gehen

Familie und Beruf aufweisen, im Schnitt die Geburtenraten höher sind (Seyda 2003: 17). Der Index zeigt aber auch die Grenzen eines Erklärungsmodells auf, das sich allein auf quantifizierbare Daten bezieht. Die USA, die eine deutlich höhere Geburtenrate haben als Deutschland, weisen nämlich den gleichen Vereinbarkeitskoeffizienten auf.

Die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik sowie den jeweiligen gesellschaftlichen Werten sind zu komplex, um sie monokausal angehen zu können. Familienpolitik mag im Ergebnis als »Wachstumspolitik« wirken, aber die Realität zeigt, dass eine auf das Wirtschaftswachstum fokussierte Zielsetzung zu kurz greift. Sie muss vielmehr in Anlehnung an Gösta Esping-Andersen (2004) lauten: Frauen und Kinder müssen im Zentrum der Reformen des Wohlfahrtsstaates stehen.

Frauen und Kinder zuerst? Kinderbetreuung, Erwerbsquoten und Armut

Esping-Andersens Forderung verweist darauf, dass es viel zu kurz greift, einen interdependenten Zusammenhang komplexer gesellschaftlicher Entwicklungen – der sich ja nicht nur auf niedrige Geburtenraten, sondern beispielsweise auch auf dramatische Veränderungen im Erwerbsleben und bei der sozialen Sicherheit bezieht – mit der einen Konsequenz anzugehen, dass alles getan werden müsse, um die Geburtenzahl zu steigern. Es muss vielmehr um Anderes gehen – nämlich den deutschen Sozialstaat so zu reformieren, dass er verschiedenen aktuellen Entwicklungen gerecht wird. Das bedeutet eben nicht Sozialabbau, sondern Umbau und Orientierung am Prinzip »Flexicurity«, um Veränderungen in Lebenszyklen und Familienformen sowie in der Familienbildung gerecht zu werden – und dabei eben folgerichtig »Frauen und Kinder in den Mittelpunkt zu stellen«. Dabei geht es erstens um die Rolle von Frauen als Erwerbstätige und zweitens um ihre Rolle als Ernährerinnen.

Was das bedeuten kann, soll an zwei Aspekten verdeutlicht werden. Erstens an einem Punkt, der in den bisher zitierten Papieren nicht auftaucht: der wachsenden Armut als eines der größten Probleme von Familien. Zweitens an der Frage des Zusammenhangs zwischen Erwerbstätigkeit von Müttern und Geburtenraten.

In Deutschland steigt die Zahl der von *Armut* betroffenen Familien kontinuierlich an. Nach dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung leben 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe (Bundesregierung 2004: 64). Der Hauptgrund dafür ist, dass alleinerziehende Mütter eine der größten Personengruppen in der Sozialhilfe bilden.⁴ Das Ausmaß der Kinderarmut hängt sehr stark davon ab, ob die Mütter erwerbstätig sind oder nicht. In der Bundesrepublik sind sie es eher nicht – während in Schweden und Dänemark, wo die Erwerbsquote der Mütter bei 80 Prozent

ein a) der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die eine öffentliche oder private Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, b) die Dauer des Mutterschutzes und die Höhe der Entgeltfortzahlung während dieser Zeit, c) freiwillige Freistellungen für Eltern seitens der Unternehmen, d) der Anteil der Eltern, die über flexible Arbeitszeiten verfügen, e) der Anteil der Frauen, die Teilzeit beschäftigt sind.

4 26,3 Prozent der Alleinerziehenden bezogen 2003 Sozialhilfe (Bundesregierung 2004: 64).

liegt, Kinderarmut stark unterdurchschnittlich ist. Ähnliches gilt für niedrig verdienende Zwei-Eltern-Familien – hier ist die Verfügbarkeit über zwei Einkommen statistisch gesehen ein effektiver Schutz vor Armut (vgl. Esping-Andersen 2004). Das beste Mittel gegen Kinderarmut, folgert Esping-Andersen, ist deshalb das Erwerbseinkommen arbeitender Mütter – und nicht etwa höhere Sozialtransfers; und zwar *unabhängig* von der Familienform, in der die Mütter leben.

In diesem Zusammenhang sind die Hartz-IV-Reformen als kontraproduktiv zu beurteilen. Dies betrifft vor allem die Stärkung der Rolle des männlichen Verdieners und die Regelungen zur Nachrangigkeit einer Frau bei der Arbeitssuche, wenn sie Kinder oder Ältere betreut oder mit dem Partner in einer gemeinsamen Wohnung lebt: Hartz IV unterstützt damit den Mechanismus, der Frauen in Abhängigkeit vom männlichen Verdienst hält, und wird – Esping-Andersens Argumentation folgend – de facto mehr Familien in die Armut bringen. Eine wachsende Zahl von Mini- oder Midi-Jobs kann dieses Problem nicht lösen, denn sie bieten kein Existenz sicherndes Erwerbseinkommen.

Es zeigt sich also ein Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit, Armut und Familienpolitik, der von zentraler Bedeutung ist. Esping-Andersen (2004) stellt fest:

»Aktuelle Zahlen zeigen, dass es Familien mit Kindern schlecht geht. [...] Wir haben es hier mit einem Doppelschlag zu tun: Genau dieselben Trends, die die Familiengründung so schwierig machen, beeinträchtigen auch das Wohlergehen derjenigen jungen Erwachsenen, die (trotzdem) eine Familie gründen.«

Auch im Hinblick auf die Ursachen der sinkenden *Geburtenraten* ist die Erwerbstätigkeit der Mütter ein Schlüssel. Seyda (2003) spricht von einem Konkurrenzverhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität. Die Zahlen, die sie nennt, machen die Hintergründe deutlich: Während im Jahr 2000 in Westdeutschland die Erwerbstätigenquote bei Frauen ohne Kinder⁵ zwischen 25 und 44 Jahren 84,8 Prozent betrug, belief sich die Erwerbstätigenquote der Mütter, deren jüngstes Kind jünger als drei Jahre war, auf nur 47,7 Prozent. Hier sind auch Frauen eingerechnet, die sich in Elternzeit befinden – wenn man nur diejenigen Mütter berücksichtigt, die tatsächlich aktiv erwerbstätig sind, reduziert sich die Erwerbstätigenquote nochmals deutlich auf 29 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern steigt mit dem Alter der Kinder: Bei Kindern zwischen drei und fünf Jahren sind es 55,7 Prozent (bereinigt um Elternzeit 54,3 Prozent) und bei Kindern von sechs bis 14 Jahren wieder 67,7 Prozent (bereinigt um Elternzeit 67,1 Prozent; Seyda 2003: 5). Die Erwerbsquote von Müttern nimmt jedoch mit steigender Kinderzahl ab. 1998 waren 63 Prozent der Mütter mit einem Kind erwerbstätig, 57 Prozent der Mütter mit zwei Kindern, 47 Prozent derer mit drei Kindern und nur noch 21 Prozent derjenigen, die vier Kinder oder mehr hatten (Seyda 2003: 6). Schließlich: Mütter arbeiten vorwiegend Teilzeit. 2001 arbeiteten mehr als 50 Prozent der Mütter mit Kindern unter 14 Jahren weniger als 20 Stunden pro Woche (gegenüber etwa 30 Prozent der Frauen insgesamt; Seyda 2003: 7).

⁵ Die Autorin bezog sich auf den Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen gleichen Alters, siehe Seyda 2003: 5.

Diese Zahlen zeigen zwei zentrale deutsche Dilemmata. Das erste ist der eklatante Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland. Das zweite besteht in der Verkürzung der Lebensarbeitszeit von Müttern. Im Ergebnis stehen Mütter mit Kindern unter drei Jahren praktisch kaum im Beruf, und Mütter insgesamt arbeiten mehrheitlich Teilzeit – mit allen Folgen für Karriere und soziale Sicherung, die beides mit sich bringt. Dies erklärt, wieso insbesondere Akademikerinnen sich in dem Konkurrenzverhältnis zwischen Kindern und Beruf zunehmend gegen Kinder entscheiden – für sie sind die Opportunitätskosten (entgangenes Einkommen, Verzicht auf Karrieremöglichkeiten) am höchsten.

Eine aktuelle OECD-Studie für die USA, Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien zeigt, dass sich der negative Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität dort abgeschwächt hat, wo eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft gewährleistet war (Seyda 2003: 13). Mit anderen Worten: Erwerbstätigkeit steht immer in latenter Konkurrenz zu Mutterschaft, es kommt nur darauf an, ob die Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von beidem eher unterstützen oder behindern. Falls sie unterstützend wirken, steigt tendenziell die Geburtenrate.

Bei diesen Rahmenbedingungen geht es nicht allein um den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung. Dieser ist notwendig, aber er sollte Teil eines Gesamtszenarios werden.

Geld für Frauen und Kinder – Fehlsteuerungen im deutschen System?

Vor diesem Hintergrund muss das deutsche System im Hinblick auf Fehlsteuerungen betrachtet werden. Deutschland gibt nicht wesentlich weniger für Familien aus als andere OECD-Länder. Während 1998 in Schweden etwa 3,3 Prozent des BIP in Ausgaben für Familien flossen, waren es in Deutschland – wie in Frankreich – etwa 2,7 Prozent. Der essentielle Unterschied zwischen diesen drei Ländern liegt darin, dass sowohl Frankreich als auch Schweden einen deutlich größeren Anteil ihrer Ausgaben in Form von Dienstleistungen erbrachten: Während in Schweden jeweils etwa 1,65 Prozent des BIP auf Geld- und auf Dienstleistungen entfielen, hatten in Frankreich Geldleistungen mit 1,46 Prozent des BIP den etwas größeren Anteil als Dienstleistungen mit 1,23 Prozent. In Deutschland dominierten die Geldleistungen bei weitem mit 1,93 Prozent des BIP im Vergleich zu 0,8 Prozent für Dienstleistungen (Veil 2003: 21). Entsprechend sind in Schweden und Frankreich deutlich mehr Kinder in Betreuungseinrichtungen: Zwischen 1995 und 2000 waren es bei den unter Dreijährigen 48 Prozent in Schweden, 29 Prozent in Frankreich und zehn Prozent in Deutschland (Veil 2003: 13) – wobei hier Ostdeutschland den Schnitt kräftig hebt, denn in Westdeutschland befanden sich 2004 nur vier Prozent der Kinder unter zwei Jahren in einer Krippe (Veil 2003: 22).

Der Ausbau der Ganztags-Kinderbetreuung als erster Schritt zur Verbesserung der Situation wird bislang aber kaum materiell unterstützt. Die eingangs geschilderten Rechnungen erscheinen eher als Milchmädchenrechnungen: Dass Hartz IV 1,5 Milliarden € einbringt, wird von den Verbänden der Kommunen seit Monaten vehement bestritten; und selbst wenn in den kommunalen Kassen ein Plus entstehen sollte, bleibt es der Entscheidung

kommunaler FunktionärInnen und ParlamentarierInnen überlassen, ob dieses Geld dann auch tatsächlich für die Kinderbetreuung verwendet wird. Insofern wird es die Lage kaum verbessern, dass das kürzlich beschlossene Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung keine Verpflichtung enthält. Um wirklich die Bedingungen für die »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« zu verbessern, bräuchte es eine Regelung, die im deutschen Föderalismus wirksam dafür sorgt, dass Kinderbetreuungsstandards unabhängiger von den lokal herrschenden Personen und Meinungen gemacht werden – also etwa ein hochdotiertes, rein zweckgebundenes Bundesprogramm.

Frauen und Kinder zuerst! Überlegungen zu einem zukunftsgerichteten Umbau des Sozialstaats

Das Fazit der bisherigen Überlegungen lautet also: Es greift zu kurz, sich allein auf die Forderung nach einem Ausbau der Kinderbetreuung zu beschränken. Deutschland braucht eine Sozialstaatsreform, bei der tatsächlich »Frauen und Kinder im Zentrum stehen«. Dafür müssen eine zentrale Grundlage des deutschen Sozialversicherungssystems – der Bezug auf den männlichen Alleinernährer – verändert und darüber hinaus bestehende Fehlsteuerungen korrigiert werden.

Erstens müsste das Ehegattensplitting abgeschafft oder wenigstens stark reduziert werden – nach Berechnungen des DIW würde dies bis zu 15 Milliarden € an Steuermehreinnahmen erbringen (Bach/Buslei 2003). Diese Summe ist durchaus beachtlich – als Finanzierungsgrundlage eines Bundesprogramms könnte sie mehr als nur einen Anstoß für die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung liefern.

Zweitens sollten die bestehenden Fördermaßnahmen für Familien umstrukturiert werden, so dass zukünftig wie in Schweden und Frankreich der größere Teil auf Dienstleistungen entfällt. Das kann auch bedeuten, dass es sinnvoll ist, beim bislang größten Ausgabenposten, dem Familienleistungsausgleich (Kinderfreibetrag und Kindergeld), zu reduzieren und das ersparte Geld direkt in den Ausbau von Bildung, familienbezogenen Dienstleistungen sowie kinder- und familienfreundlicher Infrastruktur zu stecken.

Drittens bedarf es flankierender Maßnahmen, die die quasi automatische Erledigung der Erziehungsarbeit durch die Mütter aufbrechen. Das könnten beispielsweise Regelungen wie die skandinavischen sein, die die Elternzeit verlängern, wenn sie von beiden Eltern teils genutzt wird, oder der aktuelle Vorschlag der Bundesfamilienministerin, während der Elternzeit an den betreffenden Elternteil einen Betrag zu zahlen, der sich am letzten Nettoeinkommen orientiert.

Viertens – und dies ist in Deutschland einer der entscheidendsten Punkte – ist ein Mentalitätswandel erforderlich. Nicht die ökonomischen Rahmenbedingungen alleine beeinflussen die Entscheidung für Lebensmodelle – und auch die politischen Prioritäten der EntscheiderInnen –, sondern auch etablierte kulturelle und ideologische Muster. Und diese sind in Deutschland nach wie vor sehr stark durch zwei gesellschaftliche Idealbilder geprägt: erstens das des männlichen Alleinernährers und zweitens das einer »guten Mutter« – die nämlich ihre Kinder nicht »weggeben« wird, jedenfalls solange nicht, bis sie nicht mindes-

tens drei Jahre alt sind (und die Mutter im Regelfall den Anschluss an das Berufsleben weitgehend verloren hat). Diese Idealvorstellungen beeinflussen den gesamten geschilderten Problemkomplex – von der Entscheidung potenzieller Eltern für oder gegen Kinder, über die Reaktionen und Maßnahmen der Unternehmen, die Mütter und Väter beschäftigen, bis hin zu den Initiativen der politischen EntscheidungsträgerInnen. Es ist zu hoffen, dass die aktuelle Debatte diese Ideologie wenigstens ankratzen wird.

Literatur

- Bach, Stefan/Buslei, Hermann (2003): Fiskalische Wirkungen einer Reform der Ehegattenbesteuerung, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 70, Nr. 22, S. 345–353
- Belwe, Katharina (2003): Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, S. 2
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend et al. (2004): Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, Strategiepapier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des BDI und des Instituts der deutschen Wirtschaft, Berlin
- Bundesregierung (2004): Lebenslagen in Deutschland 2004: Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Lebenslagen%20in%20Deutschland_Bericht.pdf
- Deutsches Zentrum für Altersfragen (2004): Demographische Entwicklung. http://www.dza.de/download/02-Demographie_WS0405.pdf
- Esping-Andersen, Gösta (2004): Aus reichen Kindern werden reiche Eltern, in: Frankfurter Rundschau Online, http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=360039
- Seyda, Susanne (2003): Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten. Dokumentation, IW-Trends, Nr. 2, <http://www.iw-koeln.de/daten/pdf/content/trends02-03-4.pdf>
- Veil, Mechthild (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich und Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, S. 12–21
- Ver.di 2003: Mythos Demografie, herausgegeben vom ver.di Bundesvorstand Berlin